

"Kirchensteuer" und Kindertaufe zwei wichtige Ansatzpunkte

Autor(en): **Bernhardi, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **68 (1985)**

Heft 10

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-413240>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nen zielen zu bewegen. und im übrigen kann ja die obrigkeit stets anhand der wagennummer, des flugscheines überwachen, wohin man sich begibt, zoll und hermandad sind allgegenwärtig. nicht so beim fahrrad! da kannst du auch mal über die grüne grenze, abseits kontrollierter strassen fahren; die schweiz dürfte das einzige land mit velonummern sein, und die notiert auch keiner beim vorbeifahren. wgs

Arbeitstagung der FVS in Olten

Wie anlässlich der letzten Delegiertenversammlung beschlossen, führen wir am Sonntag, den 20. Oktober 1985, in Olten eine Arbeitstagung durch. Daran teilnehmen können alle interessierten Mitglieder. Die Kosten für die Bahnfahrt und das gemeinsame Mittagessen sind von den Teilnehmern – oder den Sektionen zu tragen.

Wer Interesse hat, kann sich schon am Samstag zu einem gemeinsamen Abend einfinden. Dazu ist allerdings Anmeldung an die FVS-Geschäftsstelle notwendig, damit die Hotelzimmer reserviert werden können. Das Programm vom Sonntag sieht folgendermassen aus:

Beginn der Tagung um 10 Uhr. Einleitungsreferat des Zentralpräsidenten Dr. Walter Baumgartner zum Thema: **Die Zukunftsprobleme und Zukunftsperspektiven der Freidenker.** Im Anschluss Diskussion.

Mittagessen um 12.15 Uhr. Fortsetzung der Tagung um 13.30 Uhr, Ende ca. 16 Uhr. Wir rufen unsere Mitglieder auf, sich aktiv an dieser Tagung zu beteiligen. Die Arbeitstagung findet statt im Restaurant «Terminus», Froburgstrasse 7, in Olten. Ab Hauptbahnhof über die neue Aarebrücke, vis-à-vis der EPA. Kosten für das Mittagessen Fr. 11.50. Wir werden in der Oktoberausgabe auf diese Tagung zurückkommen.

«Kirchensteuer» und Kindertaufe – zwei wichtige Ansatzpunkte

Es ist bedauerlich, aber nicht zu leugnen: die freireligiösen, freidenkerischen, freigeistigen und humanistischen Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) vegetieren fast am Rande der Bedeutungslosigkeit dahin. Etwas überspitzt: es reicht nun einmal nicht aus, sich im Wesentlichen alljährlich darüber zu freuen, dass die beiden christlichen Grosskirchen seit Mitte der sechziger Jahre mit schöner Regelmässigkeit 0,2 bis 0,7 Prozent ihrer Mitgliedschaft durch Kirchenaustritt verlieren. Fatalerweise hört man in kirchenkritischen und antikirchlichen Organisationen immer wieder die saft- und kraftlose «Feststellung», die Kirchen unterlägen einem zwangsläufigen Verfallsprozess, der gezielte und langfristige Aktionen eigentlich schon überflüssig mache. Was bedeuten da noch «Kleinigkeiten», wie z. B. die 10 Millionen Abonnenten der katholischen Presse (1)? Sieht man hingegen der Realität ins Auge, so wird schnell klar, dass die Kirchen auch heute noch die «stabilsten» Unternehmen der Republik sind. Häufig wird immer noch nicht erkannt, wie geschickt sie sich initiativen Aktivitäten erkennbarer gesellschaftlicher Entwicklungen zu eigen machen – genannt seien hier nur die Friedens-, die Öko- und die Antiatombewegung in der BRD. Ohne «Grundpositionen» aufzugeben, kann beachtliche Zustimmung aus unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten verbucht werden. Wen wundert es da, dass gerade die Kirchen als mögliche Wahlhelfer seit geraumer Zeit Hochkonjunktur haben. Die «Frankfurter Rundschau» stellte die Lage in dem Artikel «Die wollen natürlich Wähler gewinnen, was denn sonst? – Das Gerangel der Parteien um die Kirchen ist in eine neue Phase getreten» (12. Februar 1985) recht deutlich dar. Wo bleiben übrigens die wichtigen Konsequenzen aus der Tatsache, dass die Kinder- und Jugendbetreuung nach dem Rückzug der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie eine fast konkurrenzlose Domäne

der Kirchen geworden ist? Die ebenso einfache wie wahre These: «Wer die Jugend hat, hat die Zukunft» scheint vergessen.

Lässt man die Betrachtung rein emotionaler Faktoren einmal beiseite – die Rolle von Religion und Kirche als «Fixpunkt» für Trost und Hoffnung kann kaum bestritten werden –, so wird die Macht der beiden Grosskirchen von den Säulen «Kirchensteuer» und Kindertaufe getragen. Das scheinen nicht nur mir wichtige Ansatzpunkte. Hinsichtlich der «Kirchensteuer» sollten unsere Argumente ausserordentlich leicht verstanden werden, denn schon die Bezeichnung «Kirchensteuer» ist falsch. Seit 1919 wird in den deutschen Verfassungen nicht von Kirchen, sondern von Religionsgesellschaften gesprochen. Zudem sind Steuern Abgaben der Bürger an den Staat oder dessen Unterorgane. Es handelt sich

Hundert Menschen schärfen ihren Säbel, Tausende ihre Messer, aber Zehntausende lassen ihren Verstand ungeschärft, weil sie ihn nicht üben. *Pestalozzi*

also nicht um Steuern – auch wenn sich der Abzug an Steuersätzen prozentual orientiert – sondern um Mitgliederbeiträge zu verschiedenen Religionsgesellschaften. Da ausser für die profitierende Vereinigung der staatliche Einzug von Mitgliedsbeiträgen nicht einleuchtend sein kann, ist die jetzige «Regelung» durch ein kircheneigenes Beitragssystem zu ersetzen. Dadurch wäre auch der unhaltbare Zustand beendet, dass jeder Arbeitnehmer (nicht aber alle anderen) verpflichtet ist, per Lohnsteuerkarte seine Religionszugehörigkeit bzw. seinen Kirchenaustritt zu «veröffentlichen». Gegen ein kircheneigenes Beitragssystem werden die Kirchen erbitterten Widerstand leisten, denn die Abschaffung des Zwangseinzugs wird herbe finanzielle Einbussen zur Folge haben. Die Ergebnisse der zweiten Umfrage der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zeigten u.a.,

dass bei freiwilligen Beiträgen 20 Prozent der Mitgliedschaft nicht mehr zahlen und 43 Prozent weniger zahlen werden als bis jetzt. (2) Die katholische Kirche dürfte weniger stark betroffen sein, da sie ihre Mitglieder besser «im Griff» hat. Wir können jedoch ohne Bedenken darauf verweisen, dass rund die Hälfte aller Kirchenmitglieder mit der Höhe der «Kirchensteuer» nicht einverstanden ist.

Erheblich schwieriger wird es mit der Kindertaufe, da hier zusätzlich gewisse emotionale Faktoren eine Rolle spielen. Hier müsste zweigleisig vorgegangen werden: aufgeschlosseneren Eltern wird einsehbar sein, dass die Kindertaufe, die ja auch von Theologen abgelehnt wird, im Grunde einer Zwangschristianisierung gleichkommt. Allgemein müsste durchgesetzt werden, dass eine privatrechtlich verbindliche Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft Religionsmündigkeit voraussetzt, die bei uns mit Vollendung des 14. Lebensjahres eintritt. So ist es Jugendlichen ja auch ab diesem Zeitpunkt möglich, selbständig aus der Kirche auszutreten. Die Kirchenverbände kühn die «Selbstverständlichkeit» der Kindertaufe mit der eingestandenen Verpflichtung der Eltern, dem Kinde eine «christliche Erziehung» zukommen zu lassen. Hier

klosterschulsterben

in einem ganzseitigen artikel der «BaZ» («basler-zeitung») lesen wir die «alarmmeldung», dass die kapuzinerpatres infolge nachwuchssorgen gezwungen sind, die leitung des stanserkollegis abzugeben, das nun in eine normale staatliche mittelschule umgewandelt wird. in den hochburgen des katholizismus wurden die gymnasien von ordensleuten geleitet. diese schulen waren denn auch die eigentlichen eliteschmieden der christlich-sozialen parteien, und zahlreiche bundesräte und andere hohe funktionäre erhielten dort ihre ausbildung. unnötig zu sagen, dass «eine hand die andere wusch». war wieder mal ein klosterschulabsolvent in höchster position, sorgte er dafür, dass mitschüler in seinem stab nachrückten.

muss ganz offen festgestellt werden, dass die Mehrzahl der Eltern – ob christlich oder nicht – auch heute noch «erziehungsunfähig» ist. Wie sollen absolute Laien auch einer derart komplizierten Materie gewachsen sein, übrigens auch ein sträflich vernachlässigtes Problem!

Halten wir als Anregungen zum Abschluss fest: die überproportionale Macht der Grosskirchen ist relativ einfach beschränkbar. Aufklärungskampagnen zu «Kirchensteuer» und Kindertaufe hinterlassen ihre Wirkung schon vor Änderung der bestehenden Verhältnisse. Kinder-, Jugend- und Bildungsarbeit ist gefragt! Keine einfachen Probleme, aber sie lassen sich bewältigen, wenn sie sorgfältig überlegt, diskutiert und dann mit Beharrlichkeit angegangen werden. Dazu bedarf es grosser Energie, Einigkeit und Mutes in den eigenen Reihen. Bleibt es wie bisher, so werden unsere Organisationen einem «zwangsläufigen Verfallsprozess» unterliegen, lange bevor er den Kirchen ernsthaft zu schaffen macht.

(1) = In der «Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse» sind über 100 Zeitungen und Zeitschriften in der BRD mit 11 Millionen Auflage zusammengeschlossen.

(2) = «Was wird aus der Kirche? – Ergebnisse der zweiten EKD-Umfrage über Kirchenmitgliedschaft», Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1984, S. 167.

Peter Bernhards

wie mancher junge mensch stand so in den wichtigsten jahren seines lebens unter der fuchtel von kreuz und rosenkranz, wiewohl ihm, aber auch seinen eltern, dies im grunde genommen wenig behagte. eine andere höhere ausbildung war infolge der entfernung zu einer staatlichen schule, aber auch aus finanziellen erwägungen, einfach nicht möglich. gegenüber anderen mittelschulen privaten charakters waren die klosterinternate um ein vielfaches billiger, lehrten doch die patres um «gottes lohn». dieselbe entwicklung können wir auch bei zahlreichen altenheimen, spitälern und mädchenschulen beobachten. auch die frauenklöster und die evangelischen diakonate leiden an überalterung und mangel an nachwuchs.

es versteht sich, dass die CVP diese entwicklung mit grösster sorge betrachtet, und das menetekel eines niederganges der humanistischen bildung an die wand malt. wir freidenker aber können das nur mit genugtuung vermerken. wahrer humanismus hat mit religion rein gar nichts gemeinsam!

wgs

Suche nach Gründen für Kirchenaustritte

Was der Kirchenrat zu den 532 Austritten aus der aargauisch-reformierten Landeskirche im letzten Jahr meine, forschte Grossrat Alex Aufder Maur (Effingen) nach. Und ob sich die kirchliche Arbeit nicht mit Vorteil wieder etwas mehr an menschlichen anstatt politischen Aspekten orientieren sollte? Ihm gebe vor allem die Zahl der 235 nicht begründeten Austritte zu denken, antwortete Kirchenrat Pfr. Paul Jäggi (Frick). Er habe allerdings nicht den Eindruck, dass ihre Ursache in den gelegentlichen politischen Aussagen der Kirche liege. Ein Patentrezept gegen die Austritte kenne er nicht, meinte Jäggi weiter; das beste Mittel sei wohl die unentwegte Arbeit in den Gemeinden – und da werde im stillen schon viel geleistet. In der Diskussion gingen die Meinungen über kirchliches Politisieren auseinander: Auf ein Votum eines Kirchenpflegers, die Kirche sollte da zurückhaltend sein, weil politisches Engagement sie zu spalten drohe, erwiderte ein Pfarrer, die Kirche dürfe nicht zu unpolitisch werden.

Zur verstärkten politischen Ausrichtung sowie zur Mediensituation der Kirche äusserte sich im Eintretensvotum zum Jahresbericht auch der Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), Grossrat Dr. Rudolf Rohr (Würenlos). Ein beachtlicher Teil des Kirchenvolkes, so stellte er fest, fühle sich durch politische Aussagen von Kirchenvertretern nicht angesprochen. Kirchliche Beauftragte im Mediendienst täten gut daran, sich von dem Empfinden der Basis, die sie ja schliesslich auch entlöhne, nicht allzu weit zu entfernen, betonte der GPK-Vorsitzende.

Aus dem Rechenschaftsbericht der Aarg. Ref. Synode. «Aarg. Tagblatt», 20. Juni 1985.